

## **Nein zur Abschaffung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit**

Im Namen der Organisationen, die zur Demonstration „Widerstand gegen das WEF“ vom 22. Januar 2005 in Bern aufrufen, wenden wir uns auf diesem Weg an Sie, damit das Recht auf Meinungsäusserungs-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit auch dann gilt, wenn die Herren des World Economic Forums sich in Davos versammeln.

Bereits seit mehreren Jahren demonstrieren Ende Januar jeweils mehrere Tausend Menschen gegen die Jahreskonferenz des World Economic Forum im Bündnerland. Tausende von Polizisten aus der gesamten Schweiz und aus Deutschland, sowie tausende von Soldaten verhinderten bisher mit allen Mitteln eine Grossdemonstration in Davos, damit die Global Leaders vom WEF ungestört ihr privates Treffen abhalten können. Trauriger Höhepunkt dieser Repression war die Einkesselung von über 1000 Personen in Landquart vor einem Jahr, die beim Rückweg von einer Demonstration in Chur von der Polizei gestoppt, stundenlang fest gehalten und kontrolliert und fichiert wurden.

Um eine weitere Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden und um den Widerstand gegen Sozialabbau, Privatisierungen, Lohndumping, rassistische Ausgrenzung und gegen Krieg gegenüber einer breiten Öffentlichkeit auszudrücken, ruft ein breites Demonstrationsbündnis zu einer Demonstration am 22. Januar in Bern auf. Die Behörden wollen nun die bereits in den Vorjahren massiv gesteigerte Repression dieses Jahr weiter auf die Spitze treiben. Offensichtlich wollen sie die Protestbewegung politisch an die Wand drücken. Auf dem Spiel steht die Verteidigung des Demonstrationsrechts.

Am 7. Januar 2005 fand das zweite Treffen zwischen den Vertretern der Polizei und der Verhandlungsdelegation des Demobündnisses statt. Bei dieser Gelegenheit, also fünf Wochen nach der Einreichung des Bewilligungsgesuchs und nur zwei Wochen vor der Demonstration haben uns die Vertreter der Polizei und der Stadtregierung nach langem Verschleppen das erste Mal ihre Bedingungen genannt (siehe offener Brief an die Berner Stadtregierung).

Die Verhandlungsdelegation des Demobündnisses hat sich beim Gespräch mit der Polizei bereit erklärt, über den konkreten Verlauf der Route zu diskutieren. Allerdings gehört es zu den demokratischen Grundrechten, den Protest gegen die Regierungspolitik vor dem Sitz eben dieser Regierung – das heisst auf dem Bundesplatz – zu äussern.

Die Bedingungen der Polizei stellen das demokratische Recht auf Demonstration in Frage. Sie sind ein gefährlicher Präzedenzfall. Sie betreffen nicht nur die Bewegung gegen das WEF, sondern alle Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die ihren Protest gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen öffentlich ausdrücken wollen. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen dies nicht akzeptieren und sich öffentlich dazu äussern, um diese besorgniserregenden Tendenzen zurück zu drängen.

Wir bitten Sie den Offenen Brief an den Gemeinderat zu unterschreiben, oder ein eigenes Schreiben zu verfassen und uns eine Kopie davon zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüssen

Daniele Jenni (Grüne Partei Bern – Demokratische Alternative), Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz), André Siegenthaler (Direkte Solidarität mit Chiapas), Mathias Stalder (Freie ArbeiterInnen Union), Christian Zeller (Bewegung für Sozialismus), Yvonne Zimmermann (Anti-WTO-Koordination), Frauengruppe gegen Sexismus und Rassismus F.A.M.

Kontakt: [demo@immerda.ch](mailto:demo@immerda.ch)

## Offener Brief an die Berner Stadtregierung

### Nein zur Abschaffung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit

Mit Befremden haben wir vernommen, dass die Berner Regierung die Demonstration „Widerstand gegen das WEF“ vom 22. Januar 2005 verhindern will. Die nachfolgend genannten Bedingungen, die die Polizei den Demo-OrganisatorInnen am 7. Januar 2005 gestellt hat, kommen einem faktischen Demonstrationsverbot gleich.

1. Die Polizei will nur eine Platzkundgebung am Stadtrand gewähren, sei es auf der Allmend oder allenfalls am Stadtrand in Bümpliz. Die ganze Innenstadt wird zur „verbotenen Zone“ und polizeilich abgeriegelt. Damit wird auch die Durchführung der internationalen Veranstaltung „Das Andere Davos“ massiv erschwert.
2. Die Polizei verlangt von den OrganisatorInnen der Demonstration, dass die Demonstrantinnen und Demonstranten in Extrazügen anreisen, die bereits am S-Bahnhof Wankdorf enden. Dort wird es der Polizei leicht fallen, eine massenhafte Personenkontrolle durchzuführen und Personen willkürlich festzunehmen. Das heisst, was die Zürcher Polizei kürzlich mit den Fans des FCB (Fussballclub Basel) in Zürich-Altstetten bereits vorexerziert hat, soll jetzt systematisiert und verallgemeinert werden. Wie in den letzten Jahren in Fideris, Davos und Landquart wird ein umfassendes Repressionsdispositiv vorbereitet und auf die gesamte Schweiz ausgedehnt.
3. Zum ersten Mal verlangt die Polizei, dass die OrganisatorInnen und Bewilligungsgesuchsteller der Demonstration nicht nur für den Ablauf der Demonstration verantwortlich sind, sondern auch aktiv jeden Umzug vor und nach der Demonstration verhindern sowie interne Polizeiaufgaben wahrnehmen sollen. Das ist praktisch unmöglich und juristisch nicht haltbar. Damit will die Polizei den OrganisatorInnen bereits im Vorfeld die Verantwortung für allfällige Zwischenfälle zuschieben.

Diese Bedingungen stellen das Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in Frage. Sie sind ein gefährlicher Präzedenzfall. Sie betreffen nicht nur die Bewegung gegen das WEF, sondern alle Personen, Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der ganzen Schweiz, die ihren Protest gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen öffentlich ausdrücken wollen.

- Wir fordern Sie auf, diese drei Bedingungen unverzüglich rückgängig zu machen und die demokratischen Grundrechte zu respektieren.
- Wir fordern die Berner Regierung dazu auf, die Demonstration zu bewilligen und einen Demonstrationsumzug in der Innenstadt mit Besammlung auf dem Waisenhausplatz und Schlusskundgebung auf dem Bundesplatz zuzulassen.

*Bern, 9. Januar 2005*

**Unterschriften bitte senden an: [demo@immerda.ch](mailto:demo@immerda.ch)**

Senden Sie Protestbriefe an den Gemeinderat der Stadt Bern, Junkerngasse 47, 3000 Bern 8, [stadtkanzlei@bern.ch](mailto:stadtkanzlei@bern.ch), Kopie an [demo@immerda.ch](mailto:demo@immerda.ch)